

Vortragsveranstaltung zum Thema "Syrien und die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten" mit Clemens Ronnefeldt

„Syrien und die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten“ – über dieses Thema referierte am 16.11. auf Einladung der Pressehütte Mutlangen der Freisinger Diplom-Theologe Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent des Internationalen Versöhnungsbundes, der seit 1990 Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel, Palästina, Jordanien, Türkei und Ägypten besucht hat. Mit rund 50 Interessierten war der Saal gut gefüllt, als Uwe Glund in Namen der Friedenswerkstatt Mutlangen den Referenten begrüßte.

Es wurde deutlich, wie komplex die Situation im Nahen und Mittleren Osten ist, wie viele Interessengruppen versuchen, Einfluss zu nehmen - und wie dramatisch die Lage ist, nachdem die Friedensverhandlungen in der Schweiz mehrfach gescheitert sind und zu den vielen Getöteten in den letzten Jahren täglich weitere Opfer hinzu kommen.

Rund 400 Jahre lang gehörte Syrien zum osmanischen Reich, bis dieses mit dem 1. Weltkrieg zerfiel. Die beiden damaligen Diplomaten von Frankreich und Großbritannien, Sykes und Picot, teilten noch während des 1. Weltkrieges den gesamten vorderen Orient unter sich auf, Syrien wurde bis zur Unabhängigkeit 1943 französisches Mandatsgebiet. "Die Willkürlichkeit der damaligen Grenzziehungen mit dem Lineal wirken spannungsreich bis heute nach", so der Referent, "die arabische Bevölkerung wurde mit ihren Interessen nicht berücksichtigt".

Im Jahre 1959 vereinigten sich Ägypten und Syrien zu einer gemeinsamen "Vereinigten Arabischen Republik", bis bereits zwei Jahre später Syrien die Dominanz des ägyptischen Präsidenten Nasser beendete und den Staatenbund wieder verließ.

Mit dem Machtantritt nach einem Putsch 1970 von Hafiz al-Assad, der im Jahre 2000 starb, begann die bis heute andauernde Herrschaft der Familie Assad. Weil diese zur Minderheit der Alawiten - einer Abspaltung der schiitischen Glaubensrichtung - zählt, achteten Vater und Sohn Assad strikt darauf, das Land säkular zu verwalten und bekämpften stark die sunnitische Muslimbruderschaft. 1982 richtete Hafiz al-Assad in Hama ein Massaker in der Hochburg der Muslimbrüder an, dessen Folgen bis heute im aktuellen Krieg seit 2011 nachwirken.

Clemens Ronnefeldt machte deutlich, dass zu Beginn des Jahres 2011 nach anfänglich gewaltfreien Protesten für mehr Demokratie die Protestbewegung sehr bald von ausländischen Kräften massiv militarisiert wurde. Stiftungen und Millionäre aus Katar und Saudi-Arabien bezahlten bald tausende von Kämpfern aus rund 40 verschiedenen Staaten, darunter auch mehrere hundert Deutsche, die auf Seiten der Rebellen sich im Krieg mit Regierungsgruppen befinden. Unterstützt würden diese von der Türkei und einigen westlichen Staaten, die mit Bashar al-Assad den wichtigsten Verbündeten Irans stürzen wollten, um damit die Regierung in Teheran zu schwächen. Diese wiederum unterstützt die schiitische Hizbollah im Libanon, wobei Syrien die Waffen aus Iran in den Libanon passieren lässt, um dadurch Druck auf Israel auszuüben, die

die völkerrechtlich zu Syrien gehörenden, aber von Israel annektierten Golanhöhen zurück zu fordern.

Russland unterhält im syrischen Tartus den einzigen Mittelmeerhafen, der von russischen Kriegsschiffen angelaufen werden kann - und unterstützt daher die Assad-Regierung. Da Katar und Saudi-Arabien eine Erdgasleitung durch Syrien legen wollten, die dem russischem Gas Konkurrenz in Europa hätte machen können, versuchten entsprechend Katar, Saudi-Arabien und die Türkei, unterstützt von westlichen Staaten, die syrische Regierung zu stürzen, nachdem Pipeline-Verhandlungen kurz vor Ausbruch der Gewalt 2011 gescheitert waren.

"Inzwischen ist eine Pattsituation eingetreten, bei der weite Teile des Landes von Rebellen und nur noch ein Teil des Landes im Westen von der Regierung kontrolliert werden", erläuterte der Referent - und ergänzte: „In diesem flächenmäßig kleineren Teil lebt allerdings immer noch rund 60 Prozent und damit eine knappe Mehrheit der gesamten syrischen Bevölkerung.

Clemens Ronnefeldt plädiert für eine weitere Friedenskonferenz in der Schweiz. Am Beginn einer Deeskalation stünde die Unterbrechung des Nachschubs von Waffen und Kämpfern für beide Seiten sowie ein Waffenstillstand. UN-Blauhelme könnten dann diesen überwachen und entmilitarisierte Gebiete entstehen lassen. In diesen Zonen könnten internationale Hilfsorganisationen Flüchtlinge und Verwundete versorgen. "Notwendig sind auch nationale Dialogforen, um ein Auseinanderfallen des Staates zu verhindern", so der Referent, der sich für ein striktes Rüstungsexportverbot in die Spannungsregion Naher und Mittlerer Osten aussprach.

Im Jahre 2011 moderierte der Referent zusammen mit dem UN-Korrespondenten Andreas Zumach nach langer Vorarbeit von Professor Mohssen Massarrat und anderen Mitarbeitern eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten mit 27 Teilnehmenden aus Israel, Palästina, Türkei, Syrien, Iran, Irak, Jordanien und Kuwait die länderübergreifende Arbeitsgruppen zu Themen wie Friedenserziehung, interreligiöser Dialog, Wasser und Energie sowie eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone gebildet hätten. "Eine solche Konferenz auf Regierungsebene ist seit vielen Jahren überfällig - dass sie grundsätzlich möglich ist, haben wir auf der Nichtregierungsebene bereits gezeigt", sagte Clemens Ronnefeldt.

Ein Skandal seien die vielen bürokratischen Hürden, die Flüchtlinge nach Deutschland überwinden müssten. Auf ein Visum durch die deutsche Botschaft in Beirut warteten Flüchtlinge sehr lange. Selbst wenn Angehörige sich in Deutschland verpflichteten, alle Kosten für die syrischen Flüchtlinge zu übernehmen, würden diese Verpflichtungserklärungen nur schleppend bearbeitet.

Clemens Ronnefeldt stellte einige Projekte in Jordanien vor, wo Freiwillige auch aus Deutschland bei der Versorgung von Einrichtungen für Behinderte oder Flüchtlingen mithelfen könnten.

In der Diskussion drehten sich viele Fragen um das Thema Klimawandel, Klimaflüchtlinge und eine Änderung des westlichen Lebensstils, der derzeit nicht nachhaltig ist und weitere internationale Konflikte anheizt. Clemens Ronnefeldt plädierte für eine zügige Energiewende dank erneuerbarer Energien: „Wenn wir die Klimaziele von Paris mit einer maximalen Erwärmung von 1,5° Celsius erreichen wollen, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass rund 80 Prozent aller derzeit bekannten Vorräte an Öl und Gas in der Erde verbleiben müssen“.

Die großen Erdölkonzerne müssten um des Überlebens der Menschheit willen dafür auf rund 20 Billionen US-Dollar ihrer bereits erworbenen auf rund 27 Billionen US-Dollar geschätzten Schürfrechte verzichten - was sie vermutlich nicht freiwillig tun werden. Der Referent plädierte daher für eine Kampagne, die Investitionen aus der fossilen Energiewirtschaft entzieht und empfahl allen Anwesenden, nur noch Strom von Anbietern zu beziehen, die 100 Ökostrom anbieten.

Uwe Glund, der die Diskussion moderierte, dankte dem Referenten für seine kenntnisreichen Ausführungen, die diesen weltpolitisch bedeutsamen Konflikt verständlich machten.